

## Chinesisches Staatsunternehmen CEHL auf der Suche nach Zukäufen in Europa

Strategische Zusammenarbeit mit Linzer Beratungsunternehmen eWaste

Die österreichische eWaste Umweltconsulting GmbH will das chinesische Staatsunternehmen CEHL bei der Suche nach Investitionsmöglichkeiten auf dem europäischen Abfallmarkt sowie bei der Modernisierung von Abfallbehandlungsanlagen in Asien und Neuseeland unterstützen. Die strategische Zusammenarbeit wurde in einem „Memorandum of Understanding“ festgehalten, dass die CEOs der beiden Unternehmen anlässlich eines Wirtschaftsforums Ende April in Peking im Beisein des österreichischen Bundeskanzlers Sebastian Kurz unterzeichneten. Wie eWaste mitteilt, sind erste Aktivitäten bereits in Vorbereitung. So habe das Linzer Unternehmen im Juni für CEHL eine Delegationsreise in Österreich, Tschechien und Polen organisiert, die auch der Ausgangspunkt für erste konkrete Projekte in der Zusammenarbeit mit CEHL sein werde.

Laut eWaste hat das in Hongkong börsennotierte Unternehmen Capital Environment Holdings Ltd. (CEHL) den Staatsauftrag, im Interesse des Umwelt- und Klimaschutzes nachhaltig in die Kreislaufwirtschaft in Asien, in der Pazifikregion und in Europa zu investieren. Im Rahmen der Initiative zum Aufbau einer neuen Seidenstraße soll CEHL den Bereich der integrierten Abfallwirtschaft sowohl national als auch international besetzen. In der Volksrepublik China und in Neuseeland zähle das Unternehmen bereits zu den Marktführern.

Im Rahmen der jetzt beschlossenen strategischen Zusammenarbeit mit dem zur Alroka-Unternehmensgruppe gehörenden Linzer Beratungsunternehmen übernimmt eWaste die Konzeption bzw. das Identifizieren von neuen konkreten Projektmöglichkeiten, die Geschäftsentwicklung sowie das Projektmanagement in den einzelnen Umsetzungsphasen. Für die beachtlichen Aktivitäten von CEHL in Europa selbst

bedeute dies die Gründung von lokalen Gesellschaften mit Sitz in den einzelnen Ländern, wobei auch die Übernahme von (interimistischen) Organfunktionen durch eWaste Teil der geschlossenen Vereinbarung und der langfristigen Zusammenarbeit sein werde.

Wesentliche Kernaufgaben von CEHL seien die thermische Abfallbehandlung von Siedlungsabfällen, die Gewinnung von Ressourcen und die Zerstörung von Gefahrstoffen. Ziel sei es, in China und anderen Regionen Asiens, in Neuseeland und in Europa moderne Abfallbehandlungsanlagen zu etablieren und die technologischen Standards zu heben. Dazu sollen zum einen Technologien für die thermische Verwertung von Feststoffabfällen entwickelt bzw. weiter entwickelt werden.

Weiterhin soll intensiv an Lösungen im Zusammenhang des Recyclings bzw. der Rückgewinnung von Phosphor aus Klärschlamm geforscht werden, sodass hier bereits zeitnah industrielle Applikationen zur Umsetzung gebracht werden können. Die vorerst durch eWaste vorgestellten Projekte lägen jeweils in einer Bandbreite zwischen 50 und 300 Mio €, wobei sich die tatsächlichen Investitionsvolumina erst im Laufe der noch im Detail zu erstellenden Projektstudien konkretisieren werden.

Zum anderen strebt CEHL die Übernahme von Beteiligungen an bestehenden Entsorgungs-, Recycling- und anderen Unternehmen der Kreislaufwirtschaft in Europa an, um diese Aktivitäten mit den Bereichen der stofflichen Aufbereitung und thermischen Verwertung von Feststoffabfällen verbinden zu können. Hierzu werden den Angaben zufolge in den nächsten Wochen erste Gespräche in Europa stattfinden, in welche auch Forschungseinrichtungen aus Österreich einbezogen werden sollen. □

verträge und eine Entpackungsanlage. Diese befindet sich gegenüber der Vergärungsanlage der Renewi-Tochter Orgaworld in Amsterdam.

Die Übernahme stärkt nach Aussage von Otto de Bont, dem CEO des Unternehmens, die Führungsposition Renewis auf dem niederländischen Entsorgungsmarkt für organische Abfälle und schafft eine Plattform für zukünftiges Wachstum. Sie stehe im Einklang mit der Strategie, Kapital in Bereichen einzusetzen, in denen Renewi attraktive Renditen und Wachstum erzielen könne. „Der Organikbereich ist ein Wachstumsmarkt und wir sind in einer ausgezeichneten Position, um von den Vorteilen zu profitieren“, so de Bont. □

## Österreich verbietet Kunststofftragetaschen

In Österreich fallen jährlich noch zwischen 5.000 bis 7.000 Tonnen Kunststofftragetaschen an. Mit einem weitgehenden Verbot soll ab nächstem Jahr diese Menge weitgehend reduziert werden. Das sieht ein Entwurf der Regierung in Wien zum Abfallwirtschaftsgesetz vor, der vorige Woche zur Notifizierung an die EU-Kommission versendet wurde.

Der Entwurf begrenzt die Ausnahmen vom Verbot auf sehr leichte Kunststofftragetaschen, die aus nachwachsenden Rohstoffen hergestellt werden und entsprechend dem Stand der Technik für eine Eigenkompostierung geeignet sind. Auch stabile Mehrwegtaschen werden nicht verboten. Andere Tragetaschen aus Kunststoff, die noch vor 2020 erworben wurden, dürfen laut Entwurf noch bis Ende 2020 an Letztverbraucher abgegeben werden.

Mit der Maßnahme soll sich die Menge der in Verkehr gebrachten sehr leichten Kunststofftragetaschen bis zum Jahr 2024 zumindest auf jährlich maximal 233 Mio Stück halbieren. 2015 waren 466 Mio Knotenbeutel abgesetzt worden, 2017 waren es noch 388 Mio Stück.

Österreichs Regierung reagiert nach eigenen Angaben damit auf die EU-Vorgaben, um jeden Zweifel an der vollständigen Umsetzung auszuräumen. Hintergrund ist ein Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission. Für Kunststofftragetaschen existiert zwar in Österreich bereits seit 2016 eine freiwillige Vereinbarung mit ausgewählten Handelsunternehmen, Tragetaschen (nicht nur jene aus Kunststoff) nur noch gegen Entgelt abzugeben, um damit neben weiteren Maßnahmen zu einer merklichen Einsparung zu gelangen. Mit dieser freiwilligen Vereinbarung hätten schon wichtige erste Einsparungseffekte erzielt werden könne. Es könne aber nur mit einem Verbot der Zielsetzung der weitestgehenden Vermeidung in Einklang mit der Abfallrahmenrichtlinie und der Verpackungsrichtlinie ausreichend Rechnung getragen werden, begründet die Regierung die Verbote.

Die ab nächstem Jahr noch erlaubten sehr leichten Kunststofftragetaschen, die aus nachwachsenden Rohstoffen hergestellt werden, müssen entsprechend dem Stand der Technik für eine Eigenkompostierung geeignet sein. Kunststofftragetaschen, besonders die Knotenbeutel seien ein großes Problem in Kompostanlagen. Ohne das Verbot dieser Plastik-Knotenbeutel käme es weiterhin zur unerwünschten Vermischung von kompostierbaren und nicht kompostierbaren Tragetaschen in den Biotonnen, heißt es im Entwurf. Sobald auf europäischer Ebene eine Norm festgelegt wird, wird diese als Stand der Technik angewendet, schreibt die Regierung in Wien. □

## Renewi übernimmt Rotie Organics

Die niederländisch-britische Entsorgungsgruppe Renewi baut ihre Aktivitäten im Bereich organische Abfälle weiter aus. Das Unternehmen hat den auf Lebensmittelabfälle spezialisierten Entsorger Rotie Organics für einen nach seinen Worten „nominellen Betrag“ übernommen. Rotie Organics sei aktiv in Beschaffung, Abfuhr, Entpacken und Vorbehandlung abgelaufener Lebensmittel, teilte Renewi mit. Durch die Transaktion gewinnt das Unternehmen den Angaben zufolge 45 Mitarbeiter, mehr als 20 Fahrzeuge, Kunden-